

KONFERENZ

Nachhaltige Entwicklung



Dokumentation der Konferenz „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“

am 4. September 2017 in Berlin

Trägerorganisationen:



Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Julia Kolbinger

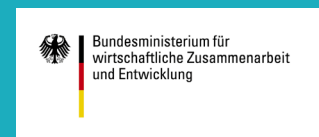
Endredaktion: Eva Wagner

Fotonachweis: © Shutterstock/Rawpixel

Layout: just in print

Berlin, November 2017

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des



Dokumentation der Konferenz: „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“

am 4. September 2017 in Berlin

Vorwort

Kurz vor der Bundestagswahl hat am 4. September 2017 die Konferenz „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“ in Berlin stattgefunden. Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft und Politik widmeten sich gemeinsam der Frage: Was ist nötig, um Demokratie weltweit zu stärken und nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen? Initiiert und getragen wurde die Diskussion um Problemdiagnosen und Lösungsstrategien auf dem Weg hin zu einer demokratischen transformativen Politik von einem breiten Kreis von Verbänden aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Wohlfahrt und Beteiligung.

Blickt man auf die derzeitige weltgesellschaftliche Lage, lässt sich eines mit Gewissheit feststellen: Vision und Realität einer friedlichen, sozial-ökologisch gerechten Welt klaffen weit auseinander.

Die Agenda für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen macht deutlich, dass die demokratische Teilhabe aller eine entscheidende Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Explizit wird in ihr festgehalten, dass ihre Ziele nur durch die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen, das heißt also auch und insbesondere der Zivilgesellschaft, erreicht werden können. Die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen haben einen weltweiten politischen Handlungsrahmen abgesteckt, der vom Schutz der Grundfreiheiten, über die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen, die Überwindung von menschenunwürdigen Lebensbedingungen und sozialen Ungleichheiten bis hin zur Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen reicht.

Gleichzeitig beobachten und erleben wir Kriege, Armut, Hunger, eine Zunahme von sozialen Ungleichheiten, von Umweltzerstörungen und den Auswirkungen des Klimawandels. Fatale Lebensumstände zwingen unzählige Menschen zu Flucht und Migration. Zwar gibt es heute fast überall Demokratien, an denen Menschen etwa durch Wahlen partizipieren. Die Auswirkungen der rasanten Globalisierung nähren jedoch rechtspopulistische und antidemokratische Bewegungen, nationalistische Abschottung und Menschenfeindlichkeit. Weltweit sind Rückschritte in der demokratischen Gestaltung unseres Zusammenlebens zu verzeichnen. Die Wahrung der Grundrechte und der

politischen Teilhabe ist vielerorts bedroht – sowohl in Ländern des Globalen Südens, als auch bei uns in Europa. Besonders vulnerable gesellschaftliche Gruppen sind von der Beteiligung am politischen Geschehen ausgeschlossen. Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft werden massiv eingeschränkt – man spricht von Shrinking oder gar Closed Spaces. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte geraten immer stärker in Gefahr.

Eine Zeit der großen Unsicherheiten und Verunsicherungen, in der in diesem Jahr in Deutschland mit den Bundestagswahlen der zentrale Weg der Teilhabe an politischen Prozessen begangen wurde. Der am 24. September 2017 gewählte 19. Deutsche Bundestag trägt für die nächsten vier Jahre die Verantwortung für eine sozial gerechte, umweltverträgliche und partizipative Politik, die politische Handlungs- und Beteiligungsspielräume hier bei uns, aber auch in den anderen Teilen der Welt zurückgewinnt, bewahrt und erweitert.

Um angesichts aktueller Schwierigkeiten und struktureller Hindernisse über gemeinsame Strategien zu diskutieren, brachte die Konferenz „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“ im September 2017 in Berlin Akteur_innen aus Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Es ging um Strategien einer demokratischen transformativen Politik, um Nachhaltige Entwicklung in und durch Deutschland umzusetzen.

Die Dokumentation der Konferenz ermöglicht den Teilnehmenden, das Gehörte noch einmal nachzuvollziehen. Auch Interessierte, die nicht dabei waren, können sich über Inhalte und den Diskussionsstand zum Thema „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“ informieren. Die Beiträge von Dr. Bernd Bornhorst und Dr. Bärbel Kofler lagen als Redemanuskripte vor und werden deshalb im Wortlaut wiedergegeben. Prof. Dr. Kai Niebert und Dr. Julia Leininger waren so freundlich, ihre Vorträge mit Blick auf ihre Kernaussagen hin zu verschriftlichen. Die Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Jugendorganisationen der im Bundestag bis zum 24. September 2017 repräsentierten Parteien wurde von VENRO dokumentiert. Alle Aussagen der Podiumsgäste sind mit diesen abgestimmt. Die Dokumentation der fünf Workshops erfolgte durch uns auf Grundlage der von den Inputgeber_innen eingereichten verschriftlichten Beiträge.

Wir danken allen, die zum Gelingen dieser Konferenz beigetragen haben!

KONFERENZPROGRAMM

- 11:00–11:10 Uhr **Begrüßung** / Seite 8
- Dr. Bernd Bornhorst** / Seite 9
Vorstandsvorsitzender, VENRO
- 11:10–13:00 Uhr **Welt-Gesellschaftliche Herausforderungen für die demokratische Gestaltung Nachhaltiger Entwicklung**
/ Seite 12
- Dr. Bärbel Kofler** / Seite 13
Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
- Prof. Dr. Kai Niebert** / Seite 19
Präsident des Deutschen Naturschutzrings
Universität Zürich, Lehrstuhl für Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit/The Anthropocene Learning Lab
- Dr. Julia Leininger** / Seite 23
Abteilungsleiterin „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- Moderation:** Albert Eckert
- 14:00–15:30 Uhr **Podiumsdiskussion: Die junge Generation und die Nachhaltigkeitspolitik**
/ Seite 26
- Es diskutierten:**
- Moritz Heuberger**
Bundessprecher der GRÜNEN JUGEND
- Christoph Klausning**
Mitglied der JUNGEN UNION und der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
- Jan Lichtwitz**
Vizepräsident der International Union of Socialist Youth / kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialist_innen in der SPD
- Jakob Migenda**
Bundessprecher der linksjugend [‘solid]
- Moderation:** Albert Eckert

**Nachhaltige Entwicklung demokratisch gestalten –
aber wie?**

/ Seite 33

**Workshop 1: Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schützen und
erweitern**

/ Seite 34

Mit Beiträgen von:**Barbara Unmüßig**

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Julia Duchrow

Leiterin des Referats für Menschenrechte und Frieden, Brot für die Welt

Moderation: Marc Baxmann, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

**Workshop 2: Demokratische Teilhabe als Kern nachhaltiger Entwicklung
stärken**

/ Seite 37

Mit Beiträgen von:**Christian Woltering**

Hauptreferent, Der Paritätische Gesamtverband

Robert Trettin

Betroffenenvertreter in der Nationalen Armutskonferenz

Erik Rahn

Leiter des Projekts „Alt für Jung-Patenschaften, Seniorenbüros unterstützen Geflüchtete“, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Ulrike Last

Fachberaterin für inklusive Entwicklung, Handicap International

Moderation: Michael Herbst, Christoffel Blindenmission

Workshop 3: Kein Ausverkauf der Natur – Schutz und Nutzung (globaler) Gemeinschaftsgüter demokratisch gestalten

/ Seite 39

Mit Beiträgen von:**Jutta Kill**

Biologin und Aktivistin

Wolfgang Höschele

Geograph und Commons-Experte

Prof. Dr. Volkmar Hartje

Technische Universität Berlin, Berichtsleitung der TEEB-Studie:
Klimapolitik und Naturkapital: Synergien und Konflikte

Moderation: Marie-Luise Abshagen, Forum Umwelt und
Entwicklung

Workshop 4: Geld ist nicht neutral – Ethisches Investment als Instrument demokratischer nachhaltiger Entwicklung?

/ Seite 42

Mit Beiträgen von:**Werner Landwehr**

Regionalleiter GLS Bank Berlin

Thomas Farkas

Manager Client Relations, oekom research AG

Antje Schneeweiß

Referentin für sozialverträgliche Geldanlagen und Finanzmärkte,
Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene

Moderation: Alexander D. El Alaoui, Salm-Salm & Partner

Workshop 5: Digitaler Wandel – Chancen und Risiken für Demokratie und nachhaltige Entwicklung

/ Seite 44

Mit einem Beitrag von:**Lea Gimpel**

Digital Policy Advisor

Moderation: Michael Scholl, Deutscher Bundesjugendring

Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO eröffnete die Konferenz. Er stellte die fundamentalen Fehlstellen in der politischen Teilhabe heraus, die trotz beinahe weltweiter Präsenz demokratischer Staatssysteme global bestehen. Mit Blick auf die Zielperspektive einer Nachhaltigen Entwicklung umriss er angesichts dieser Diagnose zentrale Ansatzpunkte auf dem Weg hin zu einer transformativen demokratischen Politik. Fünf dieser Ansatzpunkte legten den Grundstein zur Diskussion um Lösungsstrategien im Rahmen der Workshops, die im weiteren Verlauf der Konferenz stattfanden. Diese umfassten den demokratischen Umgang mit der Natur, ethisches Investment, das demokratische Potential der Digitalisierung, die Inklusion aller Menschen in demokratische Prozesse sowie Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft.

Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender, VENRO

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie herzlich zur Konferenz „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“.

Heute in drei Wochen wird uns das Ergebnis der Bundestagswahlen vorliegen. Das „Hochamt“ der Demokratie hat dann stattgefunden. Und in der Tat, wir hier dürfen wählen, können bestimmen, von wem wir wie regiert werden wollen. Also alles in Ordnung!?

Wenn wir uns dann umschaun in der Welt, von Nord nach Süd, von Ost nach West: Fast überall gibt es heute (formale) Demokratien, in denen Menschen an Wahlen partizipieren. Es ist nicht mehr wie in meiner Jugend, als zum Beispiel Lateinamerika von Militärdiktaturen geprägt war. Abgesehen von ein paar Ausrutschern scheint also auch um uns herum die demokratische Welt in Ordnung. In Kenia wurden vor ein paar Tagen sogar Wahlen annulliert. Die Kontrolle scheint also auch zu funktionieren. Was wollen wir also mehr?

Ja, was wollen wir mehr:

Natürlich gibt es auch die andere Seite, die Sie alle kennen: Menschen, die sich nicht nur alle vier Jahre einbringen wollen, erfahren zunehmend Probleme, Druck, Repressionen bis hin zu Verfolgungen und Gefängnis. „Shrinking Spaces“ nennen wir das heute und wir erleben es weltweit. Es funktioniert manchmal durch NGO-Gesetze, durch Steuervorschriften oder durch Druck in Medien – überall! Dabei müssen wir gar nicht bis Indien oder Venezuela gucken, der Blick in die Türkei, nach Ungarn oder Russland reicht bereits.

Ich habe mich gefragt, ob ich diese Beispiele nennen sollte, weil sie vielleicht Gegenreaktionen oder Relativierungen erzeugen, nach dem Motto: „Das kann man aber nicht miteinander vergleichen. Der Fall x ist anders als y.“ Ich glaube, dass auch das ein Teil der Auseinandersetzung ist. Die Frage, ob es etwas gibt, ein Staatsziel zum Beispiel, das so wichtig ist, dass dafür die Bürgerbeteiligung eingeschränkt werden darf? Meiner Meinung nach: nein!

Bis hierhin ist die Sache vielleicht klar: Wir reden von dem Recht, sich einzubringen und sich beteiligen zu dürfen – nicht nur alle vier Jahre. Dort, wo diese Rechte nicht gewährt werden, handelt es sich um Menschenrechtsverletzungen. So würde ich das nennen. Vermutlich hören wir dazu später mehr.

Was aber hat das mit „nachhaltiger Entwicklung“ zu tun? Das ist ja die zweite Hälfte im Titel unserer heutigen Veranstaltung.

Nachhaltige Entwicklung als Prozess und als Ziel hat nicht so sehr mit der Frage zu tun, wie zum Beispiel der E-Motor ins Auto kommt und ob das dann tatsächlich ökologischer ist. Nachhaltige Entwicklung braucht natürlich auch technische Lösungen, aber das allein wird es nicht richten.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet Gerechtigkeit, Ausgleich und Rücksichtnahme hier und weltweit. Und: Um Nachhaltigkeit so zu gestalten, wie es notwendig ist, werden wir den langen Weg der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen gehen müssen. Die Widersprüche zwischen einem „Weiter so wie bisher“ und dem fundamentalen Richtungswechsel, den wir brauchen, damit alle Menschen überall in Würde und im Einklang mit unserer Umwelt leben können, müssen wir offenlegen und austragen.

Es gibt Menschen, die etwas davon haben, dass es so bleibt, wie es ist. Es gibt Menschen, die Angst vor den anstehenden Veränderungen haben und die mitgenommen werden müssen und es gibt Menschen, die sind schon überzeugt und werden zu Treibern Richtung Nachhaltigkeit und Transformation. Der notwendige Wandel kann nur gelingen, wenn Menschen überzeugt und mitgenommen werden und wenn umgekehrt Menschen ihre Vorstellungen aktiv einbringen und Veränderungen vorantreiben können. Das muss dann in all den Bereichen der Fall sein, die uns heute hier zusammengebracht haben:

1. Wie kann der Umgang mit der Natur und den globalen Gemeinschaftsgütern demokratisch gestaltet werden?
2. Wie kann man dafür sorgen, dass Geld und Finanzen wieder im Dienst der Allgemeinheit stehen?
3. Wie kann die Digitalisierung als Chance für demokratische Prozesse genutzt werden und Monopolisierung und Kontrolle verhindert werden?
4. Wie kann die Teilhabe der verletzlichsten Gruppen in unseren Gesellschaften gestärkt werden?
5. Wie können wir uns der Eingrenzung von Teilhabemöglichkeiten der Zivilgesellschaft weltweit entgegenstellen?

Positiv beantwortet werden können all diese Fragen natürlich nur, wenn wir dementsprechende politische Rahmenbedingungen weltweit vorfinden. Eine Politik, die auf nationale Abschottung und Einschränkung von Freiheitsrechten setzt, um die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu bewältigen, ist zum Scheitern verurteilt. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, können nur durch internationale Kooperation unter Beteiligung einer engagierten Zivilgesellschaft überwunden werden.

Damit alle Menschen an der Vision einer lebenswerten Zukunft teilhaben können, dürfen sie sich nicht als Spielball der Globalisierung fühlen. Sie müssen vielmehr in der Lage sein und die Rahmenbedingungen vorfinden, um diese aktiv mitzugestalten. Eine demokratische transformative Politik muss deshalb die politischen Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland erhalten, neu beleben und sicher auch erweitern.

Deutschland muss aber auch bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit eine aktive Rolle spielen. Gerade in den Fragen der internationalen Politik trägt Deutschland eine große Verantwortung. Die Grundlage der deutschen internationalen Politik muss ihre Wertorientierung an den Menschenrechten und den international vereinbarten Abkommen wie der Agenda 2030 und dem Pariser Klima-

abkommen sein: Es darf nicht sein, dass unsere Wirtschaftsweise und unser Konsumverhalten sich schädlich auf das Leben in den armen Ländern auswirken und eine nachhaltige Entwicklung verhindern. Oder dass zum Nutzen von wirtschaftlichen Interessen geschwiegen wird, wenn es um den Abbau demokratischer Rechte geht.

Ich freue mich auf interessante Diskussionen und einen lebhaften Meinungsaustausch, um die kurz angerissenen Fragen zu vertiefen.

Zum Abschluss möchte ich herzlich allen Trägerorganisationen der Konferenz und allen anderen, die zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben, danken.

12 Welt-Gesellschaftliche Herausforderungen für die demokratische Gestaltung Nachhaltiger Entwicklung

Dr. Bärbel Kofler, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzringes sowie Dr. Julia Leininger vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik waren eingeladen, mit einführenden Vorträgen derzeitige Herausforderungen für die Demokratie – hier und anderswo – zu beleuchten. Ihrer Fachexpertise entsprechend befassten sich die Sprecher_innen mit den Themen Schutz der Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Schutz der Natur sowie Good Governance. Die Rede von Dr. Julia Leininger ist hier als Nachtrag zu verstehen – sie konnte auf der Konferenz letztlich leider nicht persönlich anwesend sein.

Dr. Bärbel Kofler

**Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Bernd Bornhorst,

herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Konferenz.

Zwischen Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung gibt es einen klaren Zusammenhang, der im Grunde auch die Kernbotschaft meines heutigen Vortrags ist:

Es gibt keine nachhaltige Entwicklung ohne den Schutz und die Beachtung von Menschenrechten.

Sie alle kennen die Entwicklung der Menschenrechte. Nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts sind wir einerseits weit gekommen: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen, wurde am 10. Dezember 1948 von der UN-Vollversammlung verabschiedet. Mit ihrer zentralen Botschaft „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ wurde überhaupt erst der Grundstein gelegt für nachhaltige Entwicklung. Denn Menschenrechte gehören zu den elementaren, grundlegenden Rechten, ohne die ein geordnetes, menschliches Miteinander nicht möglich ist.

Viele Aspekte der MR-Charta wurden völkerrechtlich im Dezember 1966 verankert: im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dem UN-Zivilpakt, sowie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem UN-Sozialpakt. Beide Pakte wurden von über 160 Staaten unterzeichnet und ratifiziert.

Aber es gibt auch gegenteilige Tendenzen. Eine weltweite Missachtung von Menschenrechten und Menschenwürde ist leider immer noch an der Tagesordnung. Ich höre den Satz immer nur von Tätern, nicht von Opfern von Menschenrechtsverletzungen: dass man Armut überwinden könne ohne politische Diskussionen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen eine Strategie finden, die klarmacht, dass Armutsbekämpfung nur durch Menschenrechtsschutz geht.

Beim Menschenrechtsschutz geht es sowohl um die bürgerlichen und politischen Rechte, dazu gehören: die Menschenwürde, der allgemeine Gleichheitssatz, das Recht auf Verschiedenheit, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Asyl, die Versammlungsfreiheit, der Anspruch auf ein freies und faires Gerichtsverfahren, das Folterverbot und die Abschaffung der Todesstrafe.

Beim Menschenrechtsschutz geht es aber auch um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte: das Recht auf Bildung, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Nahrung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf kulturelle Teilhabe, das Recht auf Arbeit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die WSK-Rechte sind zunehmend wichtiger geworden in unserer globalisierten Welt, sie zeigen, wie bedeutend gute Rahmenbedingungen für menschenwürdige Arbeit weltweit sind und dass wir mehr Politikkohärenz im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) brauchen.

Beide Menschenrechtspakte, der Zivil- wie auch der Sozialpakt, sind in der täglichen Praxis in Gefahr. Das aktuelle Problem heißt „Shrinking Spaces“, der Raum für Menschenrechtsverteidiger wird immer kleiner. Ich beobachte mit großer Sorge, wie weltweit zivilgesellschaftliche Organisationen immer stärker von staatlicher Gesetzgebung gezielt reglementiert und in ihren Tätigkeitsfeldern eingeschränkt werden. Darunter fallen Registrierungspflichten für NGOs, Mindesteigenkapitalvoraussetzungen, Verpflichtungen zur Offenlegung von Finanzierung, insbesondere bei ausländischen Geldgebern, die Differenzierung zwischen ausländischen und inländischen NGOs und Einschränkungen für Tätigkeiten ausländischer NGOs aus Angst vor Einmischung in innere staatliche Angelegenheiten. Prominente Beispiele sind Russland, China, Ägypten und Indien.

Ich bin überzeugt, dass ein freier Dialog mit der Zivilgesellschaft kein Risiko für die Sicherheit eines Landes darstellt. Im Gegenteil: Freie Meinungsäußerung stärkt eine Gesellschaft und macht sie widerstandsfähiger gegenüber Extremisten. Und sie bietet auch den nötigen Hintergrund, um Veränderungen umsetzen zu können. Nachhaltige Stabilität lässt sich nicht erreichen ohne eine freie Zivilgesellschaft und die Achtung der Menschenrechte. Und soziale und wirtschaftliche Entwicklung, technischer Fortschritt und Wohlstand sind letztlich eng mit einer freien Gesellschaft verknüpft.

Frauen und Männer, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen, legen die Finger in die Wunden – auch in freien und demokratischen Gesellschaften. Das ist oft unbequem. Aber letztlich sind der Erhalt und die Ausweitung zivilgesellschaftlicher und menschenrechtlicher Spielräume im ureigensten Interesse einer Regierung – zum Wohle der Menschen, die im jeweiligen Staat leben.

Aussprechen, was ist, steht zu Beginn. Aber was kann man wirklich tun, damit die Zivilgesellschaft arbeiten kann? Dialoge vorantreiben, die Vernetzung der Akteure unterstützen und bestehende Strukturen stärken!

Hierfür gibt es etliche positive Beispiele: die Rechtsstaatsdialoge, zum Beispiel mit Mexiko zum Thema Straflosigkeit, die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei Großveranstaltungen, die Förderung von NGO-Projekten im Ausland und die Unterstützung auf UN-Ebene. Darüber müssen wir noch mehr nachdenken.

Diese Unterstützung aus dem Ausland wird von vielen NGOs als Rückenstärkung wahrgenommen und konnte in der Vergangenheit häufig eine gewisse Schutzwirkung entfalten. Es zeigt sich aber auch das Problem, dass viele Staaten genau dies verstanden haben und ihre Repressionspolitik entsprechend nachsteuern: Sie nehmen verstärkt Finanzierung aus dem Ausland zum Anlass, ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen mit dem Vorwurf zu überziehen, ausländische Agenten zu sein. Russland ist vielleicht das deutlichste Beispiel hierfür, aber auch in Indien mussten sich kürzlich alle Organisationen, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, erneut registrieren lassen.

Ich ziehe daraus den Schluss, dass die Problematik extrem vielschichtig ist, man kontinuierlich daran arbeiten muss und unsere Antwort darauf immer wieder an die neuesten Entwicklungen angepasst werden muss.

Ein wichtiges Stichwort hierbei ist „Creating Spaces“: Zivilgesellschaftliche Akteure sollten immer wieder ermutigt werden, zu versuchen, sich neue Räume zu schaffen, mit

Themen, die auf den ersten Blick unpolitisch scheinen, aber großes Potenzial für gesellschaftlichen Wandel bieten, wie Bildung oder Gesundheit.

Wenn wir über WSK-Rechte sprechen müssen wir aber auch einen Blick auf unser eigenes Land richten. Ich sehe, dass heute auch Vertreterinnen und Vertreter von CorA da sind, die sich seit langem für die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen einsetzen. Auch darüber müssen wir klar und deutlich sprechen. Bei einem Termin in Niederbayern letzte Woche in einem Weltladen wurde ich gefragt, was denn die SDG seien. Die Frage ist berechtigt, aber gleichzeitig erschütternd, denn sie zeigt, dass eine wichtige Debatte in den Hintergrund getreten ist. Über Fluchtursachen wird gesprochen, aber nicht über SDG – das müssten wir aber.

Wie eng nachhaltige Entwicklung mit der Achtung der Menschenrechte und einer freien Zivilgesellschaft verbunden ist, zeigt – wie Sie alle hier im Saal wissen – die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen. Der vorherige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat einen großen Anspruch formuliert:

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen, ebenso wie wir die letzte sein könnten, die die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“

Dem will die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen gerecht werden, die im September 2015 von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde. Die Agenda ist ein Meilenstein in den internationalen Beziehungen, denn sie schafft die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt erstmals im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und den ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten.

Das ist ein ehrgeiziges Ziel angesichts des Zustands der Welt: Wir müssen nicht nur die Armutsbekämpfung und die Schaffung von guter Arbeit global voranbringen, sondern gleichzeitig auch die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten verringern. Das besagen auch die Ziele 8 und 10 der insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele.

Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen und die Ungleichheit innerhalb zahlreicher Gesellschaften hat dramatisch zugenommen. Aber auch zwischen Gesellschaften bleibt – trotz eines leichten Rückgangs der Einkommensungleichheit – das Entwicklungsdilemma vieler Länder des Südens bestehen. Ein Grund dafür ist, dass viele entwickelte Länder Ungerechtigkeit und Armut in andere Gesellschaften auslagern – in Form von billigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, Landkauf und Umweltverschmutzung.

Natürlich muss die Verantwortung auch von Regierungs- und Wirtschaftsakteuren des Globalen Südens betont werden, aber auch die Wechselwirkungen und Universalität. Die Nachhaltigkeitsagenda fordert zu Recht einen universellen Ansatz. Das heißt konkret für die Politik: Es geht nicht nur darum, dass wir in Deutschland irgendetwas ein bisschen besser machen, sondern auch darum, dass die Wechselwirkungen zwischen dem, was in Deutschland passieren muss, und dem, was international passieren muss – seien es Handelsfragen oder Fragen der Arbeitnehmerrechte –, besser berücksichtigt werden. Damit wir wirklich vorankommen und Menschen nachhaltig aus der Armut herausführen. Dieser Zusammenhang zeigt sich in der Ausgestaltung von Handelsverträgen, der Kontrolle der Finanzmärkte, der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und beim Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte.

Die Auswirkungen auf unser wirtschaftliches Verhalten liegen auf der Hand: mit dem ökonomischen Aufstieg von Schwellen- und Entwicklungsländern werden auch die ökologischen Grenzen eines Produktions- und Konsummodells deutlich, in dem nur ein kleiner Teil der Menschheit exklusiv einen großen Teil der natürlichen Ressourcen und Belastungskapazitäten dieser Erde nutzt. Der Living Planet Report des WWF kommt zu dem Schluss, dass die Menschheit bei einem anhaltend hohen Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zwei Planeten, bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um den Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken.

Aber auch die Demokratie als solche steht von unterschiedlichen Seiten unter Druck. Die Legitimation junger und alter Demokratien erodiert, da sie die in sie gesetzten Hoffnungen auf Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit nicht erfüllen können. In vielen Ländern wird zudem der Spielraum für Demokratie erheblich eingeschränkt, wie am Beispiel des „Shrinking Space“ beschrieben.

Der Glaube an die Zukunft ist vielen unserer Gesellschaften abhandengekommen. Es fühlen sich nicht nur immer mehr Menschen vom sozialen Fortschritt ausgeschlossen, sondern mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und Biografien von den Institutionen und ihren Verantwortlichen auch nicht mehr repräsentiert. Das Verlangen nach Orientierung ist groß, denn viele spüren heute, dass „business as usual“ keine Option mehr ist.

Auf den Kontroll- und Sicherheitsverlust vieler Menschen haben sich die diversen Spielarten des reaktionären Populismus bereits einen Reim gemacht. Sie setzen auf Ressentiment getriebene Politiken, auf Nationalismus und die Absage an internationale Kooperation. Mit neuen Freund-Feind-Schemata geben sie sicherlich Orientierung und schieben dem konkreten Unsicherheitsempfinden vieler Menschen eine Deutung unter, doch ihre Versprechen vermitteln nur Scheinsicherheiten. Denn der Rückzug auf Identitätspolitik und ins Nationale wird die Krisen schlicht weiter verstärken, aber vor allem hat er den globalen Herausforderungen nichts entgegensetzen.

Was es als echte Orientierung dagegen bräuchte, wäre so etwas wie eine globale Übereinkunft, die versucht, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle mit den ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten in Einklang zu bringen; die die Welt als Ganzes wahrnimmt, aber auch die konkreten und akuten Lebensumstände vor Ort mit ihren Härten und Widrigkeiten, die im Hier und Heute ansetzt, aber mittelfristig die „Transformation unserer Welt“ anstrebt.

Diese globale Übereinkunft haben die Staats- und Regierungschefs der Welt in New York mit der Nachhaltigkeitsagenda bereits verabschiedet. Die Ansätze der Nachhaltigkeitsagenda zielen inhaltlich wie auch in ihrem politischen Veränderungsanspruch weit über die Entwicklungspolitik, wie wir sie kennen, hinaus. Sie sind zudem universell und bilden eine Transformationsagenda für alle – für klassische Entwicklungsländer ebenso wie für Industrieländer.

Das Pariser Klimaabkommen und die Nachhaltigkeitsagenda zeigen, dass globale Kooperation auch in Zeiten der Rückkehr von Krieg und Nationalismus als politisches Mittel funktionieren kann. Energiewenden und alternativen Stadt- und Agrarpolitiken haben begonnen, Vorschläge für eine radikale Bankenreform wurden vorgelegt, ebenso konkrete Maßnahmen zur weiteren Einhegung der Finanzmärkte, zur Reduzierung von

Ungleichheit und zur Umsetzung von guter Arbeit weltweit. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages hat Ansätze für neue Wohlstandsmodelle entwickelt.

Das alles zeigt: das intellektuelle Fundament für eine Transformation ist gelegt; nun kommt es auf den Gestaltungswillen und die Durchsetzungskraft der Akteure an!

Als einflussreicher Akteur hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Drei Ansätze stehen dabei im Vordergrund: Erstens sollte die Relevanz und nationale Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklungsziele in Deutschland erhöht werden. Zweitens muss die deutsche Politik so ausgerichtet werden, dass sie der globalen Zielerreichung nicht entgegensteht oder sich negativ auf andere Länder auswirkt. Geeignete Maßnahmen hierfür sind zum Beispiel gesetzliche Regelungen für eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen, die Bekämpfung der Steuerflucht und illegitimer Finanzströme und die Umstellung der Produktions- und Konsummodelle, um den ökologischen Fußabdruck in Deutschland, aber auch global zu reduzieren. Drittens sollte der Einsatz in internationalen Beziehungen erhöht werden, entsprechend des Nachhaltigkeitsziels 16 zu Frieden stiften, Konfliktprävention, Gerechtigkeit und internationalen Institutionen.

Wie Sie wissen, bin ich nicht nur Menschenrechtsbeauftragte, sondern auch Beauftragte für Humanitäre Hilfe. Daher möchte ich zum Schluss auch auf diesen Themenbereich zu sprechen kommen. Wenn wir über das Thema „Menschenrechte als Grundlage für Demokratie und nachhaltige Entwicklung“ sprechen, dürfen wir nicht den akuten Handlungsbedarf vergessen, der für mehr als 100 Mio. Menschen auf diesem Planeten besteht und der ihr Überleben sichern soll. Es ist eine Schande der Weltgemeinschaft, dass die Mittel für Humanitäre Hilfe nicht kontinuierlich aufwachsen.

Sie alle wissen: Sowohl konfliktbedingte Krisen (zum Beispiel in Syrien, Ukraine, Südsudan) als auch Naturkatastrophen (zum Beispiel das Erdbeben in Nepal) sind in den vergangenen Jahren in ihrer Anzahl, Intensität und Dauer stetig angestiegen. Hinzugekommen sind komplexe Krisen wie Ebola oder humanitäre Auswirkungen des Klimawandels, zum Beispiel durch das El-Niño-Phänomen.

Der weltweite Bedarf an Humanitärer Hilfe ist immens gestiegen: Seit 2012 hat er sich auf zurzeit 23 Mrd. US-Dollar pro Jahr mehr als verdoppelt. Die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen ist mit über 65 Mio. Menschen weltweit so hoch wie nie zuvor. Und es gibt keine absehbare Umkehr dieses Trends. Hinzu kommt die schwierige Sicherheitslage für Humanitäre Hilfe. Dabei ist die Einhaltung von den vier Grundprinzipien der Humanitären Hilfe wichtig: die Menschlichkeit, die Neutralität, die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie die Achtung des humanitären Völkerrechts. Dieses Recht wird leider häufig gebrochen!

Was müssen wir also tun?

Die Mittel erhöhen, d. h. die Lücke schließen zwischen dem, was gebraucht wird, und dem, was international gezahlt wird, eine Verstetigung der Mittel in Deutschland erreichen, neue Instrumente der Planungssicherheit und eine mehrjährige Finanzierung einführen und den Einsatz auf internationaler Ebene für mehr Geld für Humanitäre Hilfe stärken.

Wichtig ist mir dabei insbesondere, dass wir die Bildung in der Humanitären Hilfe stärken. Denn 50 Prozent der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, sind Kinder. Es darf keine „verlorene Generation“ geben, die auf das große Problem des Analphabetismus zusteuert. Die Bundesregierung hat sich daher der Bildung und Ausbildung in der Humanitären Hilfe verpflichtet. So beinhalten zahlreiche humanitäre Projekte Komponenten im Bereich der schulischen, aber auch Erwachsenenbildung. Darunter fallen auch Aufklärungsmaßnahmen und Schulungen.

Politikkohärenz ist in diesem Zusammenhang – auch mit Blick auf die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) – entscheidend. Dementsprechend müssen unsere Maßnahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit besser miteinander verknüpft werden, beispielsweise durch gemeinsame Bedarfsermittlungen.

Ein weiterer mir sehr wichtiger Punkt ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Wir müssen spezifische (Schutz-)Bedürfnisse bereits bei Planung berücksichtigen und deutsche humanitäre Hilfe durch Kapazitätsaufbau und Förderrichtlinien inklusionssensibler gestalten.

Und wir müssen uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Regeln des humanitären Völkerrechts durch alle Konfliktparteien besser eingehalten werden.

Sicher, das sind alles dicke Bretter. Und Alternativen führen auf unbekanntes Terrain, auf dem wir alle nicht besonders trittfest sind. Sie machen einen angreifbar in Zeiten, in denen die Fixierung auf akutes Krisenmanagement einen immer breiteren Raum einnimmt. Doch davor sollten wir uns nicht fürchten. Realisten sind diejenigen, die die Realität zum Maßstab ihres Handelns machen. Wenn sich die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Bedingungen so gravierend verändern wie in den vergangenen Jahren, dann betreiben nicht diejenigen Realitätsverweigerung, die daraus ein Umdenken und Umsteuern ableiten, sondern diejenigen, die davon ausgehen, dass alles so weitergehen kann wie bisher, die sich im Status Quo einrichten oder scheinbar simple Lösungen präsentieren.

Mein Politikansatz heißt: mehr Politikkohärenz! Eine aktive Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik sollte quer durch alle Bereiche mitgedacht werden, von der Bildungs- und Gesundheitspolitik, über Wirtschafts- und Steuerpolitik inklusive des fairen Handels und fairer Handelsverträge bis hin zur Klimapolitik.

Dafür brauchen wir mehr Power und auch entsprechende Ressourcen. Anstatt den Verteidigungsetat auf 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts aufzustocken, ist es meiner Ansicht nach wesentlich klüger, in Frieden, Entwicklung und eine menschenwürdige Zukunft weltweit zu investieren.

Prof. Dr. Kai Niebert

Präsident des Deutschen Naturschutzrings

Universität Zürich, Lehrstuhl für Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit / The Anthropocene Learning Lab

Ausgangssituation

Die Entwicklungen im Anthropozän – das Zeitalter des Menschen – stellen uns vor große Herausforderungen: Die Belastungsgrenzen unseres Planeten sind erreicht, zum Teil bereits überschritten. Die natürlichen Schutzmechanismen der Erde können die Masse und Intensität der menschlichen Eingriffe kaum mehr bewältigen. Die Folgen der Umweltzerstörung und des Klimawandels sind schon längst sichtbar: Überschwemmungen und Waldbrände aufgrund von Dauerregen und Hitze prägen den Sommer 2017 in Europa, Verknappung von Wasser und Öl führt zu Verteilungskämpfen und Migration im Globalen Süden, die Artenvielfalt geht weltweit dramatisch zurück.

Gleichzeitig sind wir nicht bereit, unsere auf Einweg-Konsum ausgerichtete Produktionsweise den ökologischen Grenzen anzupassen. Wir bedienen uns knapper werdender Rohstoffe und lassen Automobilkonzerne krankmachende Gifte ausstoßen. Besonders Einkommensschwache und in Armut lebende Menschen sind am stärksten von den zunehmenden Umweltbelastungen betroffen. Doch die Verschlechterung der Lebensqualität und Bedrohung unseres Lebensraums wird sich nicht aufhalten lassen und langfristig uns alle betreffen.

- Notwendig ist ein grundlegender Wandel, eine gesamtgesellschaftliche Transformation, um auch in Zukunft in einer sozial gerechten Gesellschaft und aktiven Umwelt leben zu können.

Grundlegende Veränderungsprozesse finden bereits statt: die Digitalisierung hat rasant Produktionsprozesse und unsere Arbeitsweise verändert, neue Formen der Informationsvermittlungen geschaffen, Wissensaustausch, Kommunikationswege und Finanztransfers beschleunigt.

Wir befinden uns mitten im Wandel,

- aber es fehlt an einer entsprechenden Politik, die diesen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sozialökologisch gerecht gestaltet. Doch keine der Parteien legt in ihren aktuellen Wahlprogrammen ein zukunftsfähiges Konzept vor. Stattdessen befinden wir uns in einer politischen Stagnation, die keine Lösungen der Herausforderungen anbietet.

In dieser Situation kommt es vielmehr zu einem Erstarren rückwärtsgewandter politischer Forderungen: Durch Unsicherheit und auch Ängste vor Veränderungen

erhalten rechtspopulistische, demokratiefeindliche Bewegungen immer mehr Zulauf, organisieren sich und greifen die im Grundgesetz verankerten Werte des Staates und seiner Gesellschaft an.

Trump, Erdogan, Szydło, Duterte, Maduro, Le Pen, Orbán – die Anzahl autokratischer Regierungschefs steigt und ihre Politik erfährt hohe Zustimmung in der Bevölkerung, legitimiert durch teilweise demokratische Wahlen.

- Gleichzeitig nehmen auch die Angriffe auf die in den letzten Jahren erreichten Erfolge in der Umweltpolitik zu.

Finanzierungen von Umweltprogrammen werden gestoppt, Vereinbarungen zum Naturschutz werden zurückgenommen oder aus Verträgen ausgestiegen, wie Trump zuletzt beim Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen demonstriert hat. Begründet wird dies schlicht damit, dass es den Klimawandel nicht gebe. Alternative Unwahrheiten und die wiederholte Diffamierung gegenüber der Klima- und Umweltforschung setzen sich zunehmend in einer uninformierten bzw. unaufgeklärten Öffentlichkeit durch.

- Dabei hatte die internationale Staatengemeinschaft erkannt, dass globales wirtschaftliches Handeln Umweltschäden und Belastungen zur Folge haben, die nationalstaatliche Grenzen überschreiten, Auswirkungen globaler Dimension erreichen können und deswegen nicht mehr von einem Staat allein gelöst werden können.

Seit den 1980er-Jahren stieg die Anzahl globaler Umweltabkommen auf über hundert multilaterale Verträge an. Hinzu kommen noch mehrere hundert regionale und binationale Vereinbarungen, die zusammen ein dichtes Regime zum Schutz der Umwelt bilden. Mit der New Yorker Agenda 2030 wurden sogar explizit Ziele einer nachhaltigen Politik für die Transformation der Welt fixiert. Nachhaltigkeit sollte integraler Bestandteil politischer Entscheidungen sein, um auch in Zukunft in einer intakten Umwelt leben zu können.

- Trotzdem schreitet der Klimawandel voran, die Artenvielfalt geht weltweit dramatisch zurück, Naturkatastrophen wie Überschwemmungen durch starken Regen nehmen zu. Die planetaren Grenzen stehen weiter unter Druck.

Grund dafür ist das Verständnis von Nachhaltigkeit als ein Ausbalancieren von ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten. In der Praxis werden jedoch soziale und ökologische Ansprüche ökonomischen Interessen untergeordnet.

Nach Berechnungen des Global Footprint Network hat die Menschheit im Jahr 2014 innerhalb von acht Monaten die globalen Ressourcen des ganzen Jahres verbraucht. Alles danach war Raubbau. Dabei handelt es nicht um den Ressourcenverbrauch für einen notwendigen Konsum, sondern um den Raubbau einer Wirtschaft zum Erhalt ihres eigenen Systems mit dem Ziel der Kapitalakkumulation.

- Dabei wird wachstumsorientierter Kapitalismus von Politik unterstützt: In Deutschland belaufen sich umweltschädliche Subventionen auf 57 Milliarden Euro im Jahr.

Das bedeutet eine doppelte Belastung: kurzfristig finanziell zunächst Mehrausgaben, anschließend Mindereinnahmen des Staates und langfristig fallen Kosten für Beseitigung von Schäden an Umwelt und Gesundheit an.

- Im Anthropozän muss Nachhaltigkeit jedoch begriffen werden als ein Wirtschaften, das sozialen Bedürfnissen dient und innerhalb der planetaren Grenzen stattfindet. Besonders vor dem Hintergrund des zukünftigen Bevölkerungswachstums und dem Anwachsen von Mega-Cities, die einen hohen Energieverbrauch fordern.

Die Folgen des Primats der Wirtschaft sind deutlich spürbar: Klimawandel, Artensterben und co. überfordern unsere demokratischen Strukturen.

Die komplexen globalen Verflechtungen von Industrie und Finanzen mit der Politik können nicht mehr ausreichend reguliert werden. Der Mensch hat technologische und digitale Instrumente in allen gesellschaftsrelevanten Bereichen erschaffen, von deren Folgen die Menschen räumlich und zeitlich entfremdet sind und diese teilweise gar nicht mehr erfassen können.

Politisch Verantwortliche scheinen keine korrigierenden Regulierungsmechanismen mehr zu haben- Soziale Ungleichheiten steigen durch Akkumulation des Kapitals durch Großkonzerne, die Anzahl an geringverdienenden Haushalten wächst an. Die Frage der Gerechtigkeit wird zunehmend dringender und setzt die Verantwortlichen in der Politik stärker unter Druck: Wie sieht ein gutes, gerechtes Leben im Zeitalter des Anthropozän aus?

Politische Rückwärtsentwicklung findet dort statt, wo neoliberale Wirtschaft nicht auf die gebotenen Transformationsprozesse eingeht und die Politik keine Konzepte entwickelt, zum Beispiel wird die Energiewende angekündigt, aber der Strukturwandel nicht sozialökologisch gestaltet. Die Folge ist die Entstehung eines sozioökonomischen Vakuums, in dem sich Menschen abgehängt fühlen.

Was ist nötig, um Demokratie weltweit zu stärken und nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen?

- Umdenken: Nachhaltigkeit heißt, Wirtschaft und Gesellschaft durch die Ausrichtung auf die Natur zu reformieren. Wir müssen beginnen, ökologische und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken. Es gibt nur eine Gerechtigkeit. Sobald etwas sozial ungerecht ist, wird es auch umweltungerecht.
- Nachhaltigkeit muss integraler Bestandteil aller Politikfelder werden.
 - Dies erfordert die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen und die Umverteilung der Finanzmittel für ein ressourceneffizientes und kohlenstoffarmes Wirtschaften.

- Ein nachhaltiges Anthropozän braucht eine Repolitisierung von Gesellschaft
 - Das Anthropozän ist mehr als eine geologische Epoche, es eröffnet den Rahmen für eine gesellschaftliche Debatte, wie wir leben wollen. Die Herausforderungen eines Lebens innerhalb der planetaren Grenzen wird eine Politik erfordern, die wieder Mut zum Gestalten entwickelt. Sie muss die Leitplanken eines künftigen Wirtschaftens setzen. Dies erfordert ein Primat des Politischen über die Wirtschaft.
- Das Anthropozän kann die Menschen ermächtigen.
 - Die Menschen haben es geschafft, das Ozonloch zu schaffen und bringen es nun wieder zum Schließen. In Zeiten, in denen sich Menschen marginalisiert, abgehängt und machtlos fühlen, kann das Anthropozän politische Handlungsfähigkeit zurückgeben. Es muss eine möglichst hohe Mitbestimmung von Bürger_innen und eine breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure erreicht werden.
 - Dies erfordert die Einführung entsprechender politischer Strukturen.

Dr. Julia Leininger

Abteilungsleiterin „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Wo steht die Demokratie?

Demokratische Regimeformen haben sich im 20. Jahrhundert weiter ausgedehnt. Nach dem Fall der Berliner Mauer hat sich die Demokratie in den 1990er-Jahren in allen Entwicklungsregionen ausgebreitet, inklusive Osteuropa. Es gibt mehr Demokratien als je zuvor.

Jedoch ist seit ca. drei bis fünf Jahren zu beobachten, dass

- immer weniger neue junge Demokratien hinzukommen, d. h. demokratische Regimeformen können sich gegenüber autoritären Ordnungen nicht dauerhaft durchsetzen (zum Beispiel Arabischer Frühling);
- in manchen Ländern die Demokratisierung stagniert; oder
- autoritäre Trends erkennbar werden und Demokratisierungserfolge in jungen Demokratien gefährden.

Diese Entwicklung hat die folgenden Ursachen:

- Demokratische, vor allem liberale, Werte werden in internationalen Foren offen von nationalistischen und autoritären Regimen angegriffen. Die Legitimität von Demokratie als „beste Regimeform“ nimmt international ab.
- Der Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird eingeschränkt.
- Typische Defizite politischer Institutionen: Die Macht der Exekutive wird ausgeweitet (vgl. Verlängerung von präsidentiellen Amtszeiten und Verfassungsänderungen); mangelnde Trennung von politischen Gewalten ist die Folge.
- Nationalistische Diskurse werden international stärker (vgl. USA, Türkei, Ungarn).

Demokratieförderung in der internationalen Kooperation

Zum Stand der Diskussion um Demokratie als Gegenstand und Ziel internationaler Kooperation:

- SDG 16 stellt einen vielversprechenden Ausgangspunkt für internationale Kooperation und Demokratieförderung dar, der politische Teilhabe, Rechenschaftslegung, Gerechtigkeit und Inklusivität als wichtige Prinzipien verankert und anschlussfähig für Demokratieförderung macht.
- Demokratie, Governance und Menschenrechte werden im Text jedoch nicht verwendet. Ein Bezug zu Menschenrechten ist lediglich in der Präambel zu finden. Darüber hinaus ist auffallend, dass Good Governance und Demokratie zunehmend als Querschnittsthemen verstanden werden.

- In internationalen Diskursen, insbesondere von Geberorganisationen, nimmt die Bezugnahme zu Demokratie, Good Governance und Menschenrechten ab. Kaum eine Regierung oder internationale Organisation priorisiert die Förderung von Demokratie (Ausnahme: „Nordics“); die EU ersetzt Fokus auf Menschenrechte, insbesondere durch Resilienz.
- Die Demokratie droht als Wert an sich und als eigenständiges Ziel im Sinne von SDG 16 von der internationalen Agenda zu „verschwinden“.

Gründe hierfür sind:

- Das Paradigma der 1990er-Jahre „Entwicklung braucht Demokratie“ ist in die Kritik geraten. Die Wahrnehmung, dass die Demokratie keinen Unterschied für die Entwicklung macht, nimmt zu. Extrembeispiele wie Rwanda werden genannt, um den Erfolg autoritärer Herrschaft für sozioökonomische Entwicklung aufzuzeigen.
- International steigt die Legitimität von autoritärer Herrschaft: Der Aufstieg von nationalistischen Regierungen wie Trump oder Erdogan sowie die Wirtschaftserfolge von Diktaturen wie China oder Rwanda legitimieren autoritäres politisches Handeln. Autoritäre Eliten haben international eine Bühne, diskreditieren erfolgreich die Demokratie und unterminieren die internationale Demokratieförderungsagenda.
- Der „Westen“ – ein schlechtes Vorbild: Nationalistische Trends in europäischen und der nordamerikanischen Demokratie unterminieren internationale Demokratieförderung.
- Konzeptionelle Lücke: Die in SDG 16 festgelegten Begriffe (rechenschaftspflichtig, partizipativ, inklusiv) gehen über das herkömmliche Konzept der „Good Governance“ hinaus. Während SDG 16 höhere Maßstäbe als an Good Governance anlegt, weil Inklusivität von Gesellschaften und politischen Systemen gefordert wird, wird Governance international eher zunehmend minimalistisch gefasst.

Warum der Diskurs über „die Krise der Demokratie“ gefährlich ist

- Es ist wichtig, die Gefahren für die Demokratie klar zu benennen, um sich gegen den Abbau demokratischer Strukturen in OECD-Ländern und Entwicklungsregionen sowie für deren Verbreitung einzusetzen.
- Der politische Diskurs prägt die Öffentlichkeit. Die Wiederholung von negativen Bildern prägt die Wahrnehmung von Menschen. Die erodierende Demokratie wird – wider der Fakten – zur Realität.
- Es ist wichtig, ein Gegennarrativ zu entwickeln: Wie sieht die Demokratie aus, die wir uns wünschen? Dieses Bild muss immer wieder wiederholt werden, um „prodemokratische Realitäten“ zu schaffen.

Implikationen für den Koalitionsvertrag

25

- Der Koalitionsvertrag muss ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie beinhalten. Demokratien sind die einzigen politischen Systeme, in denen individuelle Freiheitsrechte von Menschen und auch die Menschenrechte (1. bis 3. Generation) verlässlich geschützt und umgesetzt werden können.
- Das Budget für Demokratieförderung und Menschenrechte sollte weiter ausgebaut werden, inklusive der Demokratieförderung als Mittel zur Krisenprävention (im Sinne der „neuen“ Leitlinien der Bundesregierung).
- Deutschland ist ein starkes Mitglied in der Europäischen Union. Sich dort für eine starke Demokratie- und Menschenrechtsagenda einzusetzen, ist ein wichtiger Bestandteil einer überzeugenden und werteorientierten Außenpolitik. Um dies zu gewährleisten, muss eine einheitliche und ressortübergreifende Position der Bundesregierung zu Menschenrechts- und Demokratiepoltik gefunden werden.

26 Podiumsdiskussion: Die junge Generation und die Nachhaltigkeitspolitik

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 waren Repräsentanten der Jugendorganisationen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, SPD und DIE LINKE zur Diskussion eingeladen. Sie bildeten das Parteienspektrum des 18. deutschen Bundestages ab. Die Frage war, wie eine Nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden kann mit dem Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und die Klimaziele des Pariser Abkommens. An der Diskussion nahmen teil: Moritz Heuberger, Bundessprecher der GRÜNEN JUGEND; Christoph Klausning, Mitglied der JUNGEN UNION und der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln; Jan Lichtwitz, Vizepräsident der International Union of Socialist Youth sowie kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialist_innen in der SPD; Jakob Migenda, Bundessprecher der linksjugend [solid]. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Albert Eckert. Das Publikum beteiligte sich rege mit kritischen Fragen zu den Statements der Jungpolitiker.

Nachhaltigkeit

Christoph Klausning (Junge Union):

Nachhaltigkeit ist eigentlich ein durch und durch konservatives Thema. Es geht um Beständigkeit, das Treffen guter Entscheidungen auf Grundlage einer reflektierten Betrachtung von Auswirkungen individuellen und politischen Handelns, die eine „enkelgerechte Zukunft“ möglich machen. Neben der Generationengerechtigkeit, schließt die Nachhaltigkeit als ganzheitliches Konzept auch Ökologie, soziale und globale Gerechtigkeit und Frieden ein.

Jan Lichtwitz (Jusos):

Nachhaltigkeit ist kein konservatives, sondern ein zutiefst emanzipatorisches Konzept. Es geht dabei um eine Welt, in der Menschen selbstbestimmt und mit Zukunft in Würde leben können. Damit Menschen weder weiterhin in Armut und sozialer Ungleichheit noch auf einer verschmutzten Erde leben müssen, bedarf es einer fundamentalen Veränderung, eine Überwindung bestehender Verhältnisse.

Jakob Migenda (linksjugend):

Nachhaltigkeit ist konservierend, nicht konservativ. Sie geht von der Generationengerechtigkeit aus und bedeutet eine Lebensweise, die nicht auf Kosten von Mensch und Natur geht. Die Klimakatastrophe, Krieg, Armut und Flucht sowie die Reaktion in Form von Abschottung stellen enorme Gefahren dar. Veränderungen im Sinne der Nachhaltigkeit sind also dringend notwendig, sonst geht die Welt kaputt.

Moritz Heuberger (GRÜNE JUGEND):

Bei Nachhaltigkeit handelt es sich um einen emanzipatorischen, progressiven Ansatz. Lebten wir im Paradies, könnte man von einem konservativen Konzept sprechen, das auf Beständigkeit abzielt. In einem maßgeblich von einer Verwertungslogik geprägten System ist Nachhaltigkeit zwangsläufig ungleich Beständigkeit und verlangt nach einer grundlegenden Transformation. In seinem Buch „Neben uns die Sintflut“ beschreibt Stefan Lessenich treffend, wie wir einem Selbstbetrug aufsitzen: Wir leben auf Kosten anderer aktuell auf der Erde lebender Menschen! Nachhaltige Entwicklung bedeutet hingegen die Gewährleistung von Mitbestimmung überall auf der Welt, eine unversehrte Umwelt, die Wahrung der Menschenrechte und ein Leben in Würde für alle, unabhängig davon von wo der bzw. die Einzelne kommt und wo er bzw. sie lebt. Das bedeutet klare Regeln für den Handel, wie zum Beispiel Sozial- und Umweltstandards für Produkte, sodass Fair Trade zum Standard wird und nicht die Ausnahme bleibt.

Christoph Klausing (Junge Union):

Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit ist eine Frage der grundsätzlichen Haltung: Wie begegnen wir unseren Mitmenschen? Hier geht es um Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit. Eine entsprechend freiheitliche und demokratische Entwicklungszusammenarbeit ist hier auf dem richtigen Weg. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) ist in dieser Hinsicht sehr aktiv und hat die Geschlechtergerechtigkeit beispielsweise in seinen „Marshallplan für Afrika“ aufgenommen. Darin ist vorgesehen, dass Staaten in Afrika neben der Korruptionsbekämpfung auch im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit unterstützt werden.

Jan Lichtwitz (Jusos):

Ich habe meine Zweifel am Marshallplan. Worum es geht, ist eine Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe. Dabei ist die Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Thema und nicht nur eines von vielen Diskriminierungsthemen. Frauen sind besonders von Diskriminierung betroffen, beispielsweise in Form von Armut oder bei der politischen Teilhabe. Deswegen ist unsere Forderung eine internationale Ächtung von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Geschlechtsidentität und wir erwarten in dieser Sache massiven internationalen Druck und Zusammenarbeit.

Jakob Migenda (linksjugend):

Zivilgesellschaft und Opposition sind für einige wichtige Errungenschaften der letzten Jahre verantwortlich. DIE LINKE hat als Oppositionsführerin progressive Themen in die Debatte gebracht, aber auch in Deutschland bleibt in dieser Sache viel zu tun und wir sollten schauen, wie wir auch hier etwas ändern können und damit auch nach außen wirken. Beispielsweise werden Intersexuelle in der Ehe für Alle nicht berücksichtigt, der Geschlechtswechsel für Transgender ist weiterhin schwierig. Im Kontext von deutschen Waffenexporten ist zu beachten, dass besonders Frauen von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffen sind. Außerdem wird die Pflegearbeit – eine Arbeit, die gesellschaftlich bedingt häufiger Frauen leisten – in Global Care Chains an andere Länder ausgelagert, und das auf Kosten der sogenannten Dritten Welt!

Moritz Heuberger (GRÜNE JUGEND):

Angesichts der Situation in Deutschland fordern wir mit Blick auf das Vorbild Frankreich ein Parité-Gesetz, das besagt, dass 50 % der Parteienvertreter_innen in den Parlamenten Frauen sein müssen. Sobald Frauen angemessen repräsentiert sind, werden andere Debatten, zum Beispiel auch über die Entwicklungszusammenarbeit, möglich. In der internationalen Kooperation setzen wir uns für die Förderung von Frauenunternehmen durch Kleinkredite ein. In der Entwicklungszusammenarbeit bleiben immer die Widersprüche zwischen kurz- und langfristigen Zielen zu bedenken. Entwicklungspolitische Projekte müssen außerdem immer den Bedürfnissen der Beteiligten vor Ort entsprechen.

In der für das Publikum geöffneten Fragerunde weisen kritische Stimmen das durchweg männliche Podium auf geführte Kämpfe von NRO in Globalem Süden und Norden sowie darauf hin, dass es sich angesichts von Fragen des Landrechts, der Bildung, des Zugangs zu Finanzmitteln wie Mikrokrediten, des Erbrechts und der reproduktiven Gesundheit beim Thema Geschlechtergerechtigkeit vielerorts um eine existentielle Frage handelt. Das Fehlen von Frauen auf dem Podium sowie mangelnde Expertise bei den Podiumsgästen wird kritisiert und auf die vorhandene Expertise in der Zivilgesellschaft hingewiesen. Die Notwendigkeit des systematischen Einbringens von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in politische Debatten wird herausgestellt. Es wird außerdem auf die negativen Auswirkungen der Handelsverträge zwischen Europa und den AKP-Staaten, den sogenannten EPAs, auf lokale Märkte in den Partnerländern hingewiesen.

Antworten auf die Publikumseinwürfe

Moritz Heuberger (GRÜNE JUGEND):

Bei der Geschlechtergerechtigkeit gibt es noch viel zu lernen. Es handelt sich um eine strukturelle Frage, die in globalem Kontext steht. Auch die Menschenrechtsfrage ist an dieser Stelle natürlich wichtig.

Jakob Migenda (linksjugend):

Ich stimme zu, dass es in der Zivilgesellschaft viel Expertise zu diesem Thema gibt. Leider ist die Zeit auch in der Politik immer knapp, weswegen es wichtig ist, voneinander zu lernen.

Im Rückblick auf den Einsatz von Mikrokrediten hat sich übrigens gezeigt, dass es sich hierbei um einen Mechanismus zur Erschließung von Märkten handelt, der letztlich dazu führt, dass einheimische Märkte von ausländischen Produkten überschwemmt werden.

Jan Lichtwitz (Jusos):

Wir haben noch viel zu lernen. Es bedarf struktureller Veränderungen, zum Beispiel in den politischen Beteiligungsprozessen im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und politischen Parteien, um die zivilgesellschaftliche Expertise fruchtbar in die Politik einzubringen. Ein Beispiel für einen solchen Raum der Beteiligung ist das Forum Eine Welt der SPD. Hier werden keine parteipolitischen Interessen verhandelt, es gibt Gremien, in denen externe Expert_innen ihre Perspektiven einbringen können.

Das Thema der Geschlechtergerechtigkeit hat eine große Spannweite und viele Facetten. Es geht um Fragen des Überlebens, aber nicht nur: auch die politische Teilhabe ist eine wichtige Dimension.

Christoph Klausning (Junge Union):

Es braucht ein Forum für zivilgesellschaftliche Expertise und Politiker_innen, in dem ein Dialog stattfinden kann. Das Thema ist in den Parteien leider nicht für alle sexy, die

Interessenslagen der einzelnen Politiker_innen sind eben sehr unterschiedlich. Deshalb ist es so wichtig, hier ein Netzwerk zu spinnen.

Was die EPAs, die europäische Handels- und Agrarpolitik angeht, stimme ich vollkommen zu: Es handelt sich um Heuchelei! Aber seien wir doch mal ehrlich, hier sind wir uns doch einig: Der Kapitalismus ist doch das eigentliche Übel. Darüber muss überparteilich diskutiert werden. Wie Papst Franziskus sagt: „Diese Wirtschaft tötet!“ – was ist die Alternative? Sozialismus kann es nicht sein, weil er immer zu Unfreiheit und Diktatur führt.

Pariser Klimaabkommen und Kohleausstieg in Deutschland

Moritz Heuberger (GRÜNE JUGEND):

Die Grüne Jugend fordert eine Sofortabschaltung der dreckigsten Kohlekraftwerke und die Bagger zu stoppen. Hier bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen der Grünen Jugend und Bündnis 90/Die Grünen, die in den nächsten acht Jahren einen Plan für den Umstieg vorlegen will.

Außerdem muss es darum gehen, Wissen über Erneuerbare Energien zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Verbrennungsmotoren müssen bis 2030 abgeschafft werden. Der Ersatz durch E-Autos ist allerdings nicht ausreichend, wenn man die benötigten Ressourcen für die Batterien, den trotzdem entstehenden Feinstaub sowie Lärm und vereinnahmten Raum bedenkt. Der Öffentliche Nahverkehr soll daher ausgebaut und umlagefinanziert organisiert werden, damit dieser kostenlos genutzt werden kann.

Jan Lichtwitz (Jusos):

Zunächst einmal sollten Schadstoffgrenzwerte, die gesetzlich festgelegt sind, umgesetzt werden – international also entsprechend des Pariser Klimaabkommens, aber auch die Werte für Stickoxide auf nationaler Ebene. Die Schlussfolgerung aus erhöhten Werten in Bürogebäuden von FDP und AfD, die Grenzwerte auf der Straße hochzusetzen, ist falsch.

Der Kohleausstieg ist in der SPD nicht abschließend geklärt, weil die Frage nach den Arbeitsplätzen noch unbeantwortet ist. Es braucht hier einen öffentlichen Diskurs darüber, wie Arbeitsplätze notwendigerweise erhalten werden können.

Was die Zukunft der Mobilität angeht, braucht es außerdem einen Blick auf den Ausbau von Radwegen und verbesserte Verbindungen von Fahrradmobilität und ÖPNV. Hier kann Kopenhagen als Vorbild dienen.

Christoph Klausing (Junge Union):

Eine Elitendiskussion in dieser Frage muss unbedingt vermieden werden. Wir haben auch eine Verantwortung für die Arbeitsplätze und können unsere Politik nicht einfach aus einer akademischen, elitären Diskussion ableiten, ohne die Leute vor Ort abzuholen. Besserwisserei muss hier und auf globaler Ebene vermieden werden. Wir müssen uns fragen, wie die Energiewirtschaft unter diesen Voraussetzungen organisiert werden kann. Was den Kohleausstieg angeht, hält sich die Union meines Wissens nach an die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, in der ein Datum festgelegt ist – 2050?

Jakob Migenda (linksjugend):

Die entscheidende Frage ist doch: Wann ist der Kohleausstieg notwendig? Um die Pariser Klimaziele umzusetzen, wäre er für 2025 anzustreben. DIE LINKE hinkt hier – wie alle Parteien – etwas hinterher und hat sich das Jahr 2030 als Ziel gesteckt. Hier ist Druck von außen notwendig, um die Umsetzung einzufordern, wie es etwa bei dem praktischen Aktivismus der Bewegung „Ende Gelände“ passiert. Natürlich ist aber auch die soziale Frage relevant, weshalb es Investitionsprogramme in den Kohleregionen, wie beispielsweise in der Lausitz, für erneuerbare Energiegewinnung.

E-Mobilität muss außerdem als kollektive Mobilität und im Bezug zu einem gut subventionierten Nah- und Fernverkehr gedacht werden. Der Zugfernverkehr muss eine Alternative zum Fliegen bieten.

Aus dem Publikum erfolgt der Hinweis auf einen möglichen Drei-Jahres-Plan zum Kohleausstieg bei entsprechendem Auffangen der Arbeitsplätze und die Notwendigkeit von Visionen in der Energiegewinnung. Des Weiteren erfolgen Nachfragen zur Rolle der SDG und den internationalen Klimaabkommen in den politischen Diskursen der Parteien sowie der Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse bei notwendigen Investitionen für den Kohleausstieg. Abschließend wird außerdem aus umwelt- und gesundheitspolitische Perspektive auf die Verschmutzung des Trinkwassers und den Humusverlust durch den Kohleabbau hingewiesen.

Antworten auf die Publikumseinwürfe

Moritz Heuberger (GRÜNE JUGEND):

Ich stimme zu, dass Visionen in der Energiegewinnung und -speicherung notwendig sind. Hier sehen wir große Chancen in der Dezentralisierung von Stromnetzen hinsichtlich Transport und Speicherung und in diesem Zusammenhang mit der Digitalisierung, wenn beispielsweise private Akkus bei Bedarf an das öffentliche Netz angeschlossen werden.

Außerdem ist es wichtig, Klima- und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Unser Trinkwasser ist aber nicht nur durch Braunkohle, sondern vor allem durch die industrielle Landwirtschaft verschmutzt. Die Abkehr von der industriellen Landwirtschaft mit ihren Tierfabriken ist dringend notwendig. Die tierische Produktion muss deutlich verringert werden. Weltweit werden fruchtbare Böden immer mehr zerstört. Außerdem ist das Insekten- und Vogelsterben eine Gefahr für das Ökosystem mit nicht absehbaren Folgen.

Jakob Migenda (linksjugend):

Ich verfüge über keine Expertise, was den Kohleausstieg hinsichtlich der Arbeitsplätze oder den Humusverlust angeht. Trotzdem kann ich sagen, dass die Schuldenbremse in dieser Sache nicht sinnvoll, sondern unnachhaltig ist. Das Geld müssen wir doch da holen, wo es ist – bei den Reichen – und entsprechend umverteilen.

Was einen Politikwechsel anbelangt, ist dieser in einer möglichen rot-rot-grünen Regierung derzeit wegen der SPD schwierig.

Christoph Klausning (Junge Union):

Es ist dringend notwendig, dass die ODA-Quote (Official Development Assistance) endlich auf 0,7 % angehoben wird – es ist lächerlich, dass Deutschland das nicht schafft.

Was die Entwicklungszusammenarbeit angeht, ist es doch so, dass es nicht darum gehen kann, dass wir anderen Ländern erzählen, was sie zu tun haben. Trotzdem müssen Demokratie und Menschenrechte Grundlage einer Zusammenarbeit sein, während gleichzeitig die Autonomie des Globalen Südens gewahrt bleibt.

Im Hinblick auf eine potentielle rot-rot-grüne Regierung bleibt doch nur Folgendes zu sagen: Lieber habe ich Angela Merkel als Kanzlerin, als Sahra Wagenknecht als Außenministerin. Angesichts ihrer Haltung zu Russland, halte ich es für brandgefährlich, wenn DIE LINKE in Regierungsverantwortung käme. Zu Friedenspolitik gehört immer auch Sicherheitspolitik.

Jakob Migenda (linksjugend):

Diese Aussage ist absolut postfaktisch – Außen- und Kriegseinsätze wurden ohne DIE LINKE gemacht. DIE LINKE hat Russland ebenso verurteilt.

Jan Lichtwitz (Jusos):

Was wir bei Speichertechnologien und dezentraler Energiegewinnung befürchten müssen, ist ein massiver Widerstand auf Landes- und Kommunalebene, wie beispielsweise die Debatte um die Ferntrasse gezeigt hat.

Ich habe übrigens wenig Angst vor der LINKEN in der Bundesregierung, vielmehr Angst macht mir die Vorstellung, dass erstmals seit 1945 wieder Nazis in das deutsche Parlament einziehen könnten. Angesichts der langen Periode einer linken Mehrheit im Parlament vertreten wir Jusos unsere Visionen mit Selbstbewusstsein, um schließlich irgendwann wieder hin zu einer linken Regierung zu kommen.

Nachhaltige Entwicklung demokratisch gestalten – aber wie?

In fünf Workshops diskutierten die insgesamt 198 Konferenz-Teilnehmer_innen mit Expert_innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. Dabei brachten sie alle wertvolle Perspektiven in die Debatte darüber ein, wie eine demokratische Gestaltung Nachhaltiger Entwicklung aussehen könnte. Thematisch konzentrierten sich die Workshops auf die Fragen nach dem Schutz der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume (Workshop 1), der politischen Teilhabe aller Menschen, auch der Schwächeren (Workshop 2), dem Schutz der Natur als Gemeingut (Workshop 3), der demokratischen Gestaltung von Investments (Workshop 4) sowie den Chancen der Digitalisierung (Workshop 5). Im Folgenden sind die zentralen Statements der Expert_innen stichpunktartig festgehalten.

Workshop 1: Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schützen und erweitern

Hunger, Klimawandel und die Zahl bewaffneter Konflikte nehmen weltweit zu. Mehr denn je bräuchte es daher eine couragierte und starke Zivilgesellschaft, welche ihre Verantwortung zur Förderung der Demokratie und Teilhabe wahrnimmt, das Handeln von Politik und Wirtschaft kritisch hinterfragt und Lösungsansätze aufzeigt. Doch gerade jetzt wird der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft kleiner: Die Verfolgung, Verhaftung und Ermordung von Menschenrechtsverteidiger_innen, Gewerkschafter_innen und Umweltschützer_innen nimmt zu, ebenso die Repressalien gegen Journalist_innen und Blogger_innen. Dies wird sowohl in Ländern des Globalen Südens als auch des Globalen Nordens deutlich.

Mit Beiträgen von: Barbara Unmüßig (Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung) und Dr. Julia Duchrow (Leiterin des Referats für Menschenrechte und Frieden, Brot für die Welt)

Diagnose:

- Weltweit gehen Regierungen massiv gegen zivilgesellschaftliche Aktivist_innen vor – Handlungsspielräume werden eingeschränkt („Shrinking Spaces“) oder ganz geschlossen („Closed Spaces“); Repressionen gegen die Zivilgesellschaft sind nichts Neues, Dimension und Ausmaß haben jedoch massiv zugenommen. Der Trend – so alle Prognosen – wird anhalten.
- Es gibt ein regelrechtes Rollback von demokratischen und menschenrechtlichen Errungenschaften, nicht nur in autokratischen (Russland, China), sondern auch in semi-autokratischen und demokratischen Staaten (Indien, Israel).
- Reporter ohne Grenzen warnen in ihrem Freedom of the Press World Wide- Bericht (2017) davor, dass auch in Demokratien wie USA, Polen, Vereinigtes Königreich, Politiker_innen ihre Geringschätzung gegenüber Journalist_innen und der Presse öffentlich zur Schau stellen, anstatt die Pressefreiheit als Grundwert zu achten. Damit liefern sie Autokratien Vorwände für ihre Repressalien gegenüber unliebsamer Kritik;
- „Shrinking“ und „Closed Spaces“ sind die Norm, nicht die Ausnahme: Die Zivilgesellschaft steht in 106 Ländern ernsthaft unter Druck – nur 3 % der Weltbevölkerung leben in Ländern mit offenen Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft (State of Civil Society Report 2017, CIVICUS);
- Speziell seit 2006 ist dies in Projektpartnerschaften spürbar. Als Beispiele wurden genannt: Äthiopien, Indien, aber auch Aserbaidschan, Kenia und viele mehr.
- Opfer sind in der Regel Akteur_innen, die sich für eine gerechte Verteilung von Ressourcen, für Transparenz bei Entwicklungsprojekten, gegen Korruption, für den Rule of Law einsetzen;
- Profiteur_innen sind meist einzelne Wirtschaftsakteur_innen. Der Staat agitiert häufig in Kollusion, langfristig jedoch nicht;

- Auf staatlicher Seite findet sich oftmals ein Verständnis von Entwicklung, wonach diese zentral gesteuert werden soll. Das Beispiel Rwanda ist hier besonders eindrücklich: Entwicklungsdiktatur, jedes Projekt wird zentral von der Regierung gesteuert. Eine Mitbestimmung der Zivilgesellschaft ist nicht vorgesehen;
- Diagnose steht in starkem Widerspruch zur Agenda 2030, die auf Partizipation setzt;
- Problematisch ist, dass lokale Akteur_innen oft nur finanzielle Förderung aus dem Ausland für bestimmte politische Projekte im Heimatland bekommen. Diesen externen Geldfluss abzuschneiden, zu kontrollieren und zu bürokratisieren, darauf zielen die in den letzten Jahren in mehr als 100 Ländern abgeschlossenen neuen NGO-Gesetze ab. Die lokalen Akteure_innen haben dadurch etwa nur einen beschränkten Handlungsspielraum im Rahmen des jeweiligen Projektes oder werden bezichtigt, ausländischen Interessen zu dienen.
- Unterm Strich soll jede Form der Kritik oder des öffentlichen Protests im Keim erstickt werden. Ökonomische und politische Eliten wollen sich vor Kritik und Opposition schützen – im Endeffekt geht es um Privilegien und Machterhalt. Der Anspruch auf demokratische Teilhabe und die Verteidigung fundamentaler Rechte wird der Zivilgesellschaft verwehrt. Für die Demokratie weltweit verheißt das düstere Zeiten.

Maßnahmen:

- Akteur_innen der Zivilgesellschaft erleben massive Menschenrechtsverletzungen: Ihre Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit wird eingeschränkt, es gibt Diffamierungs- und Hetzkampagnen, bürokratische Auflagen und Hürden, Zensur, einschränkende Gesetze, Überwachung und Zensur von Online-Plattformen und Kommunikation und offene und gewaltsame Repression durch Polizei und Geheimdienste, aber auch private Gewaltakteur_innen;
- Die Maßnahmen richten sich unter anderem gegen Journalist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen, Frauenrechtler_innen, LGBTI, Umweltaktivist_innen, politische Oppositionelle;
- Zivilgesellschaft wird als Verhinderer von Entwicklung und Wachstum oder als Gefährder von Stabilität und Sicherheit diffamiert;
- Besonders beliebt sind sogenannte NGO-Gesetze, die darauf abzielen, lokale Akteur_innen vom internationalen Netzwerk abzuschneiden, vor allem finanziell. Es gebe aber regionale Unterschiede: So setze man in Lateinamerika weniger auf Gesetze als auf Diffamierungen und Gewalt.

Ursachen:

- Proteste haben weltweit zugenommen: Laut Carnegie hat es seit 2010 in über 60 Ländern große Proteste gegeben, angetrieben von sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten, Umweltkrisen und der Forderung nach Good Governance;
- Ökonomische und politische Eliten wollen sich daher vor Kritik und Opposition schützen und zielen auf Privilegien- und Machterhalt.

Rechtfertigung:

- Gewährleistung innerer Sicherheit,
- Kampf gegen den Terrorismus (vor allem nach 9/11),
- Sicherung staatlicher Souveränität.

Auswirkungen:

- Menschenrechtsverletzungen;
- Instabilität durch Gewalt;
- Watchdog-Funktion der Zivilgesellschaft geht verloren: Korruption und Menschenrechtsverletzungen nehmen zu;
- Entwicklung ist nicht nachhaltig;
- Delegitimation durch fehlende Partizipation.

Rolle der Zivilgesellschaft:

- Zivilgesellschaft muss sich die Frage stellen, wie „Closed Spaces“ und „Shrinking Spaces“ zurückerobert, Handlungsspielräume verteidigt und offengehalten werden können;
- Viele Organisationen arbeiten bereits zu dem Thema, Beispiel: Runder Tisch der Heinrich-Böll-Stiftung unter Beteiligung von Umwelt-, Frauen-, Menschenrechts- und Friedensakteur_innen: Daraus entstanden Analysen und ein Forderungspapier an die Bundesregierung mit der Betonung auf Kohärenz, eine Tagung mit internationalen Partnerorganisationen und der Dialog mit der Bundesregierung. Diese Netzwerke müssen ausgebaut und andere Akteure, etwa Gewerkschaften, dazu gewonnen werden;
- Man muss abwägen zwischen der realen Gefahr für Leib und Leben, Selbstzensur, Ausweichen auf unkritische Themen oder der Aufgabe der Arbeit. Auch werden NGOs in „gut“ und „böse“ unterteilt und gespalten. Doch die Grundrechte der Meinungsfreiheit sind nicht konditionell an politische Agenden gebunden, sie gelten für alle und müssen auch von allen ausgeübt werden können, erst recht, wenn Akteur_innen Menschenrechte verteidigen wollen;
- Die Zivilgesellschaft wird auch von Regierungsseite als wichtiger Watchdog beschworen, z. B. bei der Umsetzung der SDGs, Pariser Klimaabkommen etc. Sie muss nun die Regierungen dazu auffordern, ihre Rechte zu garantieren (G20 z. B., Civic Charter);
- Voranbringen von sozialen, umweltpolitischen und menschenrechtlichen Agenden mit Blick auf die Marginalisierten;
- Watchdog-Funktion wahrnehmen: etwa bei Implementierung und Finanzierung von Projekten vor Ort. Transparenz ist wichtig um zu wissen, welche Verpflichtungen die Regierungen eingegangen sind;
- Teilhabemöglichkeiten auch in Deutschland sicherstellen und auf internationaler Ebene einfordern;

- Positivbeispiele geben Mut: Energiewende, Kailash Kinderrechte, Ehe für Alle etc. In Südafrika führte die Treatment Action Campaign zum Nationalem Aktionsplan HIV/ Aids und vorsorgendem Schutz;
- Zeichen der Zeit erkennen und der absoluten Erosion entgegentreten, leider in den Wahlprogrammen der Parteien 2017 in dieser Form nicht erkennbar.

Workshop 2: Demokratische Teilhabe als Kern nachhaltiger Entwicklung stärken

Nachhaltige Entwicklung verlangt das Engagement aller Menschen. In Ländern des globalen Südens sind aber von Armut Betroffene und Menschen aus so genannten verletzlichen Gruppen, wie Migrant_innen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, weniger in politische Entscheidungen eingebunden. Auch in den westlichen Gesellschaften ist zu beobachten, dass Armut oftmals mit einem Rückzug von der politischen Teilhabe einhergeht. Wie kann die notwendige politische Partizipation auch von Menschen aus verletzlichen Gruppen an der Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gestärkt werden? Bedarf es anderer oder neuer Partizipationsformen? Welche Maßnahmen könnte bzw. sollte die neue Bundesregierung ergreifen, um die soziale und politische Teilhabe aller Menschen zu stärken? Welche Formen der inklusiven Partizipation könnte die sozial-ökologische Transformation besonders gut voranbringen?

Mit Beiträgen von: Christian Woltering (Hauptreferent, Der Paritätische Gesamtverband), Robert Trettin (Stellv. Sprecher der Nationalen Armutskonferenz); Erik Rahn (Leiter des Projekts „Alt für Jung-Patenschaften, Seniorenbüros unterstützen Geflüchtete“, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros); Ulrike Last (Fachberaterin für inklusive Entwicklung, Handicap International) und Arno Eul (Abteilungsleiter, Abteilung für Projekte mit öffentlicher Kofinanzierung, Christoffel-Blindenmission)

Themenbereich Armut in Deutschland

Diagnose:

- Armut in Deutschland bedeutet in aller Regel ausgeschlossen zu sein von der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben;
- in der Mehrzahl ziehen sich von Armut betroffene Menschen aus allen Lebensbereichen zurück. Das führt vermehrt u. a. zur Vereinsamung oder Sucht;
- Reichtum schafft Einfluss – soziale Ungleichheit ist ein Demokratieproblem.

Ursachen:

- Viele Menschen, die sich innerhalb der Gesellschaft nicht mehr gut aufgehoben fühlen, ignorieren wichtige demokratische Grundrechte, wie das Recht auf Wahlen;

- die Problemlagen armer Menschen sind häufig derartig komplex, dass viele kaum mehr Ressourcen für ihr demokratisches oder bürgerschaftliches Engagement aufbringen können;
- im Hartz IV-Regelsatz fehlen Ausgaben, die direkt mit sozialer oder kultureller Teilhabe zu tun haben;
- Vermögende können auf vielfältige Kanäle zurückgreifen, um sich in der Politik Gehör zu verschaffen, die Armen nicht zur Verfügung stehen.

Rolle der Zivilgesellschaft:

- Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, brauchen Hintergrundwissen, um sich aktiv zu beteiligen und müssen lernen, Argumente beharrlich vorzutragen

Themenbereich Senior_innen und Geflüchtete

Diagnose:

- Deutschland zeichnet sich trotz seines Reichtums durch relative Ungleichheit der Lebenslagen aus, besonders ältere Frauen sind von sozialer Exklusion betroffen.

Ursachen:

- Besonders im höheren Alter verstärken sich die Folgen von Armut, schlechtem Gesundheitszustand und mangelnder Bildung. Diese Faktoren wirken sozial exkludierend.

Rolle der Zivilgesellschaft:

- In der Arbeit mit Geflüchteten bringen sich seit 2015 besonders viele Ältere ein;
- zivilgesellschaftliches Engagement ist Ausdruck solidarischen Handelns, aber auch ein Beitrag zur sozialen Teilhabe der Aktiven selbst, gerade im höheren Alter – es müssen jedoch Zugangswege für benachteiligte Gruppen geschaffen werden;
- zivilgesellschaftliches Engagement kann und soll staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern ist vielmehr Ausdruck einer mündigen Gesellschaft und damit ein wesentliches Element politischer Partizipation;
- die staatliche Förderung und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements – national wie international – ist ein Gebot einer demokratischen Kultur des gleichberechtigten Miteinanders.

Themenbereich Förderung von politischer Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit

Diagnose:

- Menschen mit Behinderungen werden in der Mehrzahl der Länder – auch in Deutschland – an der Ausübung des passiven und des aktiven Wahlrechts gehindert.

Ursachen:

- Es existieren kommunikative, physische und institutionelle Zugangsbarrieren zur Ausübung ihres Wahlrechtes, vor allem betroffen sind Menschen mit multiplen und schweren physischen, psychosozialen, Gehör- und intellektuellen Beeinträchtigungen.

Rolle der Zivilgesellschaft:

- UN-Behindertenrechtskonvention und Agenda 2030/SDG sind ein starker Rahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Erfahrung von CBM im Afrikanischen Kontext;
- Unterstützung der Selbstvertretungsorganisationen (SVO) im Bereich der Lobbyarbeit sowie hinsichtlich juristischer Strategien;
- Maßnahmen, um Barrieren durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit abzubauen, die in Somaliland in einem Handicap International Projekt hilfreich waren:
 - Aufbau guter Arbeitsbeziehungen mit den Hauptakteur_innen der Wahl;
 - passgenaue Trainings zur Vermittlung inklusiver Methoden der Wahlbildung und Informationsvermittlung auf lokaler, nationaler Ebene;
 - fachliche Beratung zur inklusiven Umgestaltung von Informationsmaterialien, Richtlinien und Bildungsmaßnahmen;
 - finanzielle Unterstützung der SVO und anderer Wahlakteur_innen für Empowerment Outreach-Aktionen mit den Themen Registrierung, Verfassungsinhalte, Demokratie, Wahlprozess;
 - Forschung zu sozio-ökonomischen Determinanten der politischen Teilhabe hinsichtlich Mehrfachdiskriminierung;
 - Veränderungen des Wähler_innenregisters, um Behinderung neben Gender mitaufzunehmen;
 - Einführung digitaler Wahlsysteme.

Workshop 3:**Kein Ausverkauf der Natur – Schutz und Nutzung (globaler) Gemeinschaftsgüter demokratisch gestalten**

Kein Ausverkauf der Natur – Schutz und Nutzung (globaler) Gemeinschaftsgüter demokratisch gestalten Luft, Wasser, Meere, Klima – das sind Gemeinschaftsgüter, die allen Menschen frei zugänglich sein sollten und die gemeinsam genutzt und geschützt werden müssen. Privatisierungsprojekte von Gemeinschaftsgütern gibt es weltweit viele. Sie werden aufgrund der Beschränkung des Zugangs zu Ressourcen und ihrer Profitorientierung kritisiert. Dem gegenüber stehen Bewegungen um eine demokratische Teilhabe an globalen Gemeinschaftsgütern. Wie kann eine demokratische Verwaltung der Gemeinschaftsgüter aussehen, die Nutzen und Schutz in Einklang bringt? Was wäre ein gerechter Zugang zu Ressourcen über Gesellschafts-, Staats-, Geschlechter- und Bewusstseinsgrenzen hinaus? Was, wenn Staaten oder

Bükratien nicht fähig sind, Gemeinschaftsgüter zu verwalten? Und brauchen wir nicht den Markt, um Ressourcen einen angemessen Wert zu geben?

Moderation und Konzeption: Marie-Luise Abshagen, Josephine Koch, Marijana Todorovic (alle Forum Umwelt und Entwicklung)

Thesen pro Ökonomische Bewertung von Ökosystemdienstleistungen:

Prof. Dr. Volkmar Hartje, Technische Universität Berlin, Berichtsleitung der TEEB-Studie: Klimapolitik und Naturkapital: Synergien und Konflikte

- Einige wichtige Leistungen der Natur (die Regulations- und kulturellen Leistungen wie z. B. Hochwasserschutz, Lebensräume für wilde Tiere und Pflanzen, für Biodiversität, Rückhaltung von Schadstoffen, Lärmschutz, Erholung und Gesundheit) wurden zu lange als selbstverständlich angesehen und werden meist gratis genutzt im Gegensatz zu den Versorgungsleistungen der Natur, wie Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion, für deren Knappheit das Bewusstsein allgemein vorhanden ist und das sich zumeist in entsprechenden Märkten niederschlägt. Da mit einem fehlenden Bewusstsein über den ökonomischen Wert der Regulations- und kulturellen Leistungen und der Orientierung an den Versorgungsleistungen eine Übernutzung der Natur einhergeht, sollte diese Ungleichheit bei der ökonomischen Sichtbarkeit der Natur enden.
- Ökonomisch orientierte EntscheidungsträgerInnen in Wirtschaft und Politik werden dadurch mit einer Logik konfrontiert, die sie kennen: Erfasst und quantifiziert man diese regulativen und kulturellen Ökosystemdienstleistungen, die die Natur bereitstellt, und gibt man diesen einen ökonomischen Wert, dann kann gezeigt werden, wie wertvoll sie ist, was bei ihrer Beschädigung verloren geht und welche Kosten für die Wiederherstellung der Natur / Renaturierung entstehen. Aber auch bei praktischen Umwelt- und Naturschutzproblemen kann der Ansatz helfen, planerische Prozesse zu systematisieren und transparenter zu machen, insbesondere wenn die Lösungen Kosten verursachen und deren (häufig staatliche) Finanzierung erforderlich wird.
- Dadurch kann Natur in Wert gesetzt werden, aber im Gegensatz zu den Versorgungsleistungen, bei denen dies zumeist über Märkte erfolgt, stehen bei den regulativen und kulturellen Leistungen alle Umweltschutzinstrumente (wie z. B. das Ordnungsrecht, das Planungsrecht, Subventionen für LandnutzerInnen) und ihr Zusammenwirken zur Auswahl und werden auch eingesetzt. Parallel dazu werden in Wissenschaft und Praxis im Umwelt- und Naturschutz anreizorientierte, zumeist marktbasierende Instrumente diskutiert und erprobt, die auch für die Inwertsetzung von Ökosystemleistungen bedeutsam sein können. Dabei hat die Debatte um handelbare Umweltrechte (in der Luftreinhaltung, im Gewässerschutz und im Naturschutz) schon länger Tradition und ihre praktische Einführung und Ausgestaltung ist im Einzelfall einer Vielzahl von Einflussfaktoren geschuldet, zu denen die ökonomische Bewertung von Ökosystemleistungen von nachrangiger Bedeutung ist. Die ökonomische Bewertung von Leistungen der Natur führt nicht zwangsläufig zum Ausverkauf der Natur, sondern ist zu ihrem Erhalt konzipiert worden. Die Ausgestaltung der Instrumente und

die damit verfolgten Ziele sollte dann das Ergebnis demokratischer Entscheidungsprozesse sein.

Thesen gegen die Ökonomische Bewertung von sogenannten Ökosystemleistungen:

Jutta Kill, Biologin, Recherchen zum Themenbereich Ökonomisierung von Natur

- Die ökonomische Bewertung von sogenannter „Ökosystemleistung“ ist nicht zielführend für mehr Naturschutz, nicht zuletzt weil die Erfassungsmethoden auch unter wissenschaftlichen Aspekten umstritten sind. Eine umfassende ökonomische Bewertung der Funktionen von Natur wie sie Befürworter einer ökonomischen Bewertung von Natur postulieren, ist schon deshalb nicht möglich, weil die Methoden immer nur ausgewählte Elemente erfassen. Jene Funktionen, die nicht erfasst werden, bleiben somit gemäß der Logik einer Sichtbarmachung durch ökonomische Bewertung weiterhin unsichtbar.
- Der ökonomische Ansatz blendet aus, warum Natur zerstört wird und welche Rolle der Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf politische Entscheidungen für Naturzerstörung dabei spielt. Natur wird zerstört, weil es privatwirtschaftliche Profitinteressen an natürlichen Ressourcen gibt und nicht, weil Zahlen zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Naturgütern fehlen. An diesen Entscheidungsstrukturen, die privatwirtschaftlichen Gewinn vor Gemeinwohl stellen, ändert eine Bewertung von sogenannten Ökosystemleistungen nichts. Im Gegenteil, durch die Vermessung und Inwertsetzung von mehr Natur wird diese für Profitinteressen erst erschließbar.
- Kompensationsgutschriften sind das am weitesten verbreitete Instrument zur Umsetzung der derzeitigen ökonomischen Bewertung von Natur. Solche Kompensationsgutschriften hebeln gesetzlich festgelegte Grenzwerte aus, indem sie die Überschreitung der Grenzwerte durch Vorlage von Kompensationsgutschriften durch den Verschmutzer gesetzeskonform machen. Umweltgesetzgebung wird damit ausgehöhlt und lokaler Widerstand gegen Naturzerstörung durch das Argument ›wir kompensieren ja‹ geschwächt.

Thesen pro Commons-Ansatz: Wolfgang Höschele, Geograph und Commons-Experte

- Die Commons-Idee entstammt der Idee der Allmende, dem Gemeingut, dessen Nutzungsregeln durch die Gemeinschaft ausgehandelt wurden. Commoning bedeutet gemeinschaftlich, demokratische Selbstverwaltungsstrukturen für gemeinschaftliche Naturgüter, wie z. B. Boden, Wasser, Luft, etc. zu entwickeln (z. B. kommunale Wasserversorgung). Lokale Gemeinschaften sollten selber gemeinsam entscheiden, was mit ihren Ressourcen geschieht.
- Ein Markt und die damit verbundenen Geldwerte sind nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll. Für die Nutzung von Gemeingut wie Luft, die nicht teilbar ist, kann man keinen sinnvollen und funktionierenden Markt schaffen (oder für Wasser im Fluss oder den Boden, den wir mit zukünftigen Generationen teilen). Das Prinzip des freien Marktes funktioniert deswegen im Zusammenhang mit Natur nicht, denn Boden oder Luft können nicht ausgeweitet werden, auch wenn die Nachfrage steigt.

Workshop 4: Geld ist nicht neutral – Ethisches Investment als Instrument demokratischer nachhaltiger Entwicklung?

Wirtschaften soll dem Leben dienen. Nach dieser Prämisse müssen auch die globalen Finanzmärkte umgestaltet werden, wenn die nachhaltige Entwicklung weltweit erreicht werden soll. Geldanlagen, die neben klassischen Kriterien der Rentabilität, Liquidität und Sicherheit auch ökologische, soziale und ethische in die Investitionsentscheidungen einbeziehen, können einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung weltweit leisten. In dem Workshop soll diskutiert werden, ob und wie ethisches Investment zur Förderung von Demokratie und nachhaltiger Entwicklung beitragen kann. Wie können Risiken gerecht geteilt werden? Wie können ethische Investments den Bedürfnissen der Menschen in Ländern des globalen Südens gerecht werden, wenn die Rendite in den Norden zurückfließt? Welche politischen Rahmenbedingungen unterstützen einen sinnvollen Einsatz ethischer Investments?

Mit Beiträgen von: Werner Landwehr (Regionalleiter GLS Bank Berlin); Thomas Farkas (Manager Client Relations, oekom research AG); Antje Schneeweiß (Referentin für sozialverträgliche Geldanlagen und Finanzmärkte, Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene)

Diagnose

- Schutz des Planeten und Anerkennung der planetarischen Grenzen, Minderung der Risiken des Klimawandels, Überwindung der Armut weltweit;
- Bedarf an großen Summen finanzieller Mittel (Nettoneuzuflüsse) und Abzug schädlicher Investitionen um diese globalen Herausforderungen zu meistern;

Möglichkeit durch sozial und ökologisch nachhaltige sowie generationengerechte Geldanlagen, einen Beitrag zum Schutz des Planeten, zur Armutsüberwindung und zur Minderungen und Anpassung an den Klimawandel beizutragen.

Ethische Investments

- berücksichtigen neben dem klassischen Anlagedreieck (Risiko, Rendite und Liquidität) auch soziale und ökologische Kriterien
- basieren üblicherweise auf drei Instrumenten, um ihrem Anspruch, Nachhaltigkeit zu fördern, gerecht zu werden:
 - Ausschlusskriterien, durch die beispielsweise verzichtet wird, in kohlenstoffbasierte, nicht-nachhaltige Wirtschaftsbereiche oder wirtschaftliche Aktivitäten zu investieren, die die Rechte von Gewerkschaften missachten, die Menschenrechte verletzen, Kinder- oder Zwangsarbeit einsetzen oder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen unterhalten;
 - Positivkriterien, durch die Investitionen in Emittenten (Unternehmen/ Staaten) besonders bevorzugt werden, die ethisch bzw. nachhaltig sind. Beispielsweise

- die Einhaltung der Menschenrechte und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen berücksichtigt werden oder die angebotenen Produkte und Dienstleistungen umwelt- und sozialverträgliches Wirtschaften fördern;
- Engagement und damit die direkte Einflussnahme auf die Unternehmensführung zur Verbesserung der Unternehmensnachhaltigkeit.

Formen ethischen Investments (in Abgrenzung zu Spenden und Schenkungen)

- Fördersparmöglichkeiten bei alternativen Banken (z. B. GLS-Bank)
- Direktinvestitionen in nicht börsennotierte Unternehmen
- Ethische Investmentfonds (z. B. FairWorldFonds)
- Direkte Anlagen in börsengehandelten Aktien nachhaltiger Unternehmen
- Staatsanleihen (Bonds)

Die Arbeit von Rating Agenturen (Beispiel: oekom research AG)

- Überprüft Unternehmen und Staaten oder anderen Emittenten von Wertpapieren entlang spezieller Rating-Indikatoren mit Blick auf deren ökologische und soziale Nachhaltigkeit.
- der Rating-Prozess umfasst
 - die Überprüfung der über 700 oekom-Rating-Kriterien (90 % branchenspezifisch und 10 % branchenübergreifend) und Selektion der jeweils 100 relevantesten Kriterien pro Branche
 - eine umfassende Recherche bei Stakeholdern (NRO, wissenschaftlichen Einrichtungen, öffentlichen Behörden) und die kontinuierliche Beobachtung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen. Anhand dieser Daten sowie öffentlich zugänglicher Informationen zur Nachhaltigkeitsleitung der Unternehmen erstellt oekom research den jeweiligen Ratingentwurf für das einzelne Unternehmen.
 - die Möglichkeit für die bewerteten Unternehmen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls weitere Dokumente beizusteuern. Diese werde dann durch oekom research überprüft, bevor das finale Rating den bewerteten Unternehmen (kostenfrei) und den Kunden (z. B. institutionelle Investoren, NGOs) zur Verfügung gestellt wird

Stand des ethischen Investment im deutschsprachigen Raum (Input von oekom research AG)

- Die nachhaltigen Kapitalanlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz summierten sich nach Berechnungen des FNG Ende 2016 auf insgesamt 419,5 Mrd. Euro. In Deutschland beträgt der Anteil nachhaltiger Fonds und Mandate lediglich 3 % am Gesamtmarkt.
- 83 % der Kapitalverwaltungsgesellschaften und 79 % der Kirchen und Stiftungen geben an, bereits Nachhaltigkeitskriterien bei der Kapitalanlage zu berücksichtigen; unterdurchschnittlich hoch ist dieser Anteil bei den Kreditinstituten (45 %) und Großunternehmen (46 %).

- Insgesamt berücksichtigen 58 % der institutionellen Investoren wie Kapitalverwaltungsgesellschaften, Versicherungen, Pensionsfonds, Großunternehmen, Kreditinstitute sowie Kirchen und Stiftungen Nachhaltigkeitskriterien bei Anlageentscheidungen im eigenen Haus.

Im zivilgesellschaftlichen Diskurs werden auch mögliche Zielkonflikte diskutiert, die mit der bisherigen Praxis von ethischen Investments in Verbindung stehen. In diesem Zusammenhang oft gestellte Fragen sind u. a.

- Verdrängen ethische Investments Spenden als klassisches Instrument der Entwicklungshilfe?
- Stellt das Primat der ethischen Rendite wichtige Ziele der Entwicklungshilfe (z. B. Armutsbekämpfung) in den Hintergrund?
- Was ist die Wirkung ethischer Investments, wenn die Gewinne an die Geldgeber zurückfließen und nicht im globalen Süden reinvestiert werden?

Workshop 5: Digitaler Wandel – Chancen und Risiken für Demokratie und nachhaltige Entwicklung

Weltweit werden digitale Infrastruktur und Angebote ausgebaut, immer mehr Menschen bekommen Zugang zu Informationen, können wirtschaftlich, politisch und sozial partizipieren. Die Digitalisierung bietet großes Potenzial für nachhaltige Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit. Gleichzeitig bringt die Digitalisierung neue Herausforderungen mit sich. Sie muss global gerecht gestaltet werden. Dies ist keine leichte Aufgabe, wenn vor allem Konzerne aus dem globalen Norden die Infrastruktur für den Zugang zum Internet dominieren. Im Rahmen des Workshops soll diskutiert werden, wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale der Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung, Demokratieförderung und Überwindung sozialer Ungleichheit weltweit genutzt werden können und welche Anforderungen daraus für die Politik entstehen. Im Workshop diskutieren nach einem einführenden Vortrag vier Kleingruppen kontroverse Thesen und tragen am Ende ihre Erkenntnisse zusammen.

Mit einem Beitrag von: Lea Gimpel (Digital Policy Advisor)

Diagnose:

- Das Internet kann Demokratisierung und Teilhabe sowie Nachhaltige Entwicklung unter den richtigen Rahmenbedingungen fördern;
- das Internet sowie Informations- und Kommunikationstechnologien sind für die Erreichung der SDG ein wichtiger Enabler;

- digitale Technologien und das Internet haben das Potenzial, zu mehr Demokratie, Teilhabe, Transparenz und Innovation zu führen (World Development Report 2016);
- Digitalisierung leistet Beitrag zu informierten, mündigen Bürger_innen, da Zugangsbarrieren zu Informationen, Kommunikation und Vernetzung abgebaut werden;
- Regierungen beschränken immer wieder den Zugang zum Internet („Internet Shut-downs“) im Umfeld von Wahlen und Protesten. Damit werden Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt; zudem entsteht dadurch massiver volkswirtschaftlicher Schaden. 2016 gab es in über 50 Ländern Internet Shut-downs; weitere Risiken: staatliche Überwachung und Missachtung von Datenschutz;
- Übermacht globaler Konzerne durch Monopolisierung;
- Digital Divide: größte Entwicklungsherausforderung in diesem Zusammenhang.

Ursachen:

- Demokratie setzt informierte, mündige Bürger voraus; Digitalisierung leistet dazu einen Beitrag, da Zugangsbarrieren zu Informationen, Kommunikation und Vernetzung abgebaut werden.

Rolle der Zivilgesellschaft:

Stärken für:

- holistischen Ansatz: Zugang zum Internet, Bildung (Grundbildung und digitale Bildung), faire Märkte, verlässliche Institutionen;
- Aufbau nachhaltiger Infrastruktur für freien, sicheren und bezahlbaren Zugang zum Internet für alle Menschen weltweit;
- Sicherstellung nachhaltiger Finanzierungsmodelle für Infrastrukturaufbau;
- Bereitstellung lokaler Inhalte und Dienstleistungen in lokalen Sprachen;
- sinnvolle rechtliche Rahmenbedingungen;
- Möglichkeit und Fähigkeit, sich in globale Aushandlungsprozesse zu Internet Governance einzubringen, Aufbau von diesbezüglichen Kapazitäten;
- weltweite informierte gesellschaftliche Debatte zu ethischen und politischen Implikationen digitaler Technologien;
- ein demokratisches, vielfältiges Internet.